

Eva-Catrin Reinhardt

Tel. 030 897 33 191

An den Präsidenten oder Vizepräsidenten des Kammergerichtes für Verfahren am Gericht

**Elßholzstr. 30 – 33
10781 Berlin**

und

An den Präsidenten oder Vizepräsidenten des Landgerichts Berlin II für Verfahren am Gericht

Tegeler Weg 17-21
10589 Berlin

und

An den Präsidenten oder Vizepräsidenten Amtsgericht Charlottenburg für Verfahren am Gericht

Amtsgerichtsplatz 1
14057

und

Zur Kenntnisnahme an den Justizsenator von Berlin

Senatsverwaltung für Justiz, Verbraucherschutz und Antidiskriminierung
Alt-Moabit 14, 10559 Berlin als Aufsichtsbehörde mit Anlagen

mit der Bitte die Dienstaufsichtsbeschwerde wahrzunehmen und an die zuständige Stelle zu senden. Ich habe leider seit 3,5 Jahren keine zuständige Stelle für diesen Fall gefunden.

Zur Kenntnisnahme an Bundesministerium der Justiz (BMJ), Mohrenstraße 37 10117 Berlin ohne Anlagen

Zur Kenntnisnahme an Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin),
Graurheindorfer Str. 108
53117 Bonn ohne Anlagen, da diese großteils schon vorliegen

Zur Kenntnisnahme an Generalzolldirektion Financial Intelligence Unit (FIU) ,
Postfach 85 05 55, 51030 Köln ohne Anlagen, da diese großteils schon vorliegen

Staatsanwaltschaft Berlin , Abteilung organisierte Kriminalität Turmstraße 91, 10559 Berlin, Zur Kenntnisnahme mit dem Hinweis, dass ich hiermit gleichzeitig leichtfertige Geldwäsche durch Unterlassung von Aufklärung, Hilfe und Strafanzeigen mit gesundheitsschädigen Folgen für meine Person anzeige.

Zur Kenntnisnahme an die Berliner Zeitung Berliner Verlag GmbH , Karl-Liebknecht-Str. 29, 10178 Berlin

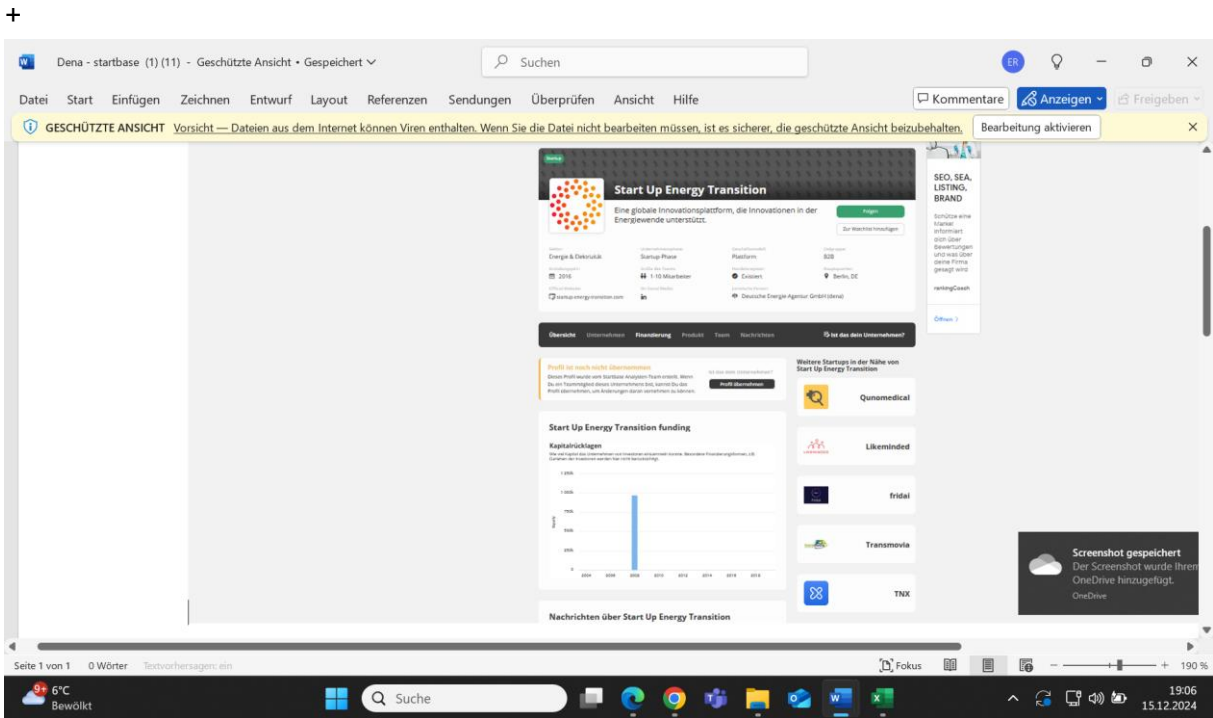
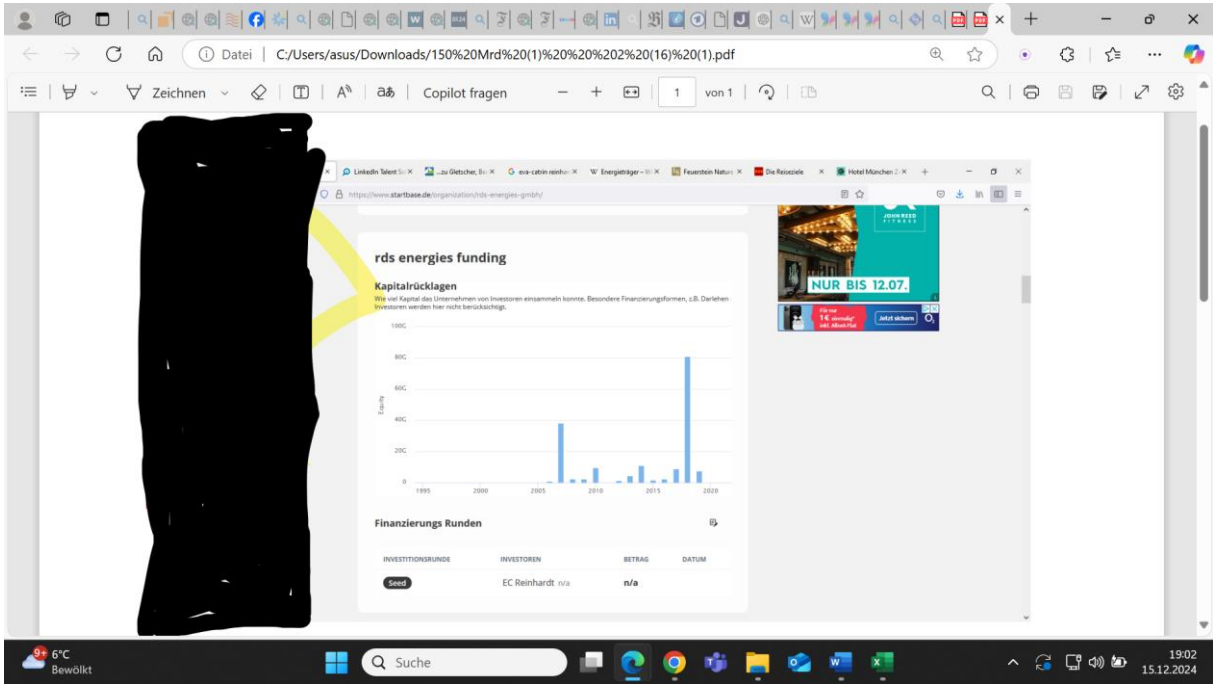
Versendung an weitere Behörden oder Aufsichtsstellen bleibt vorbehalten.

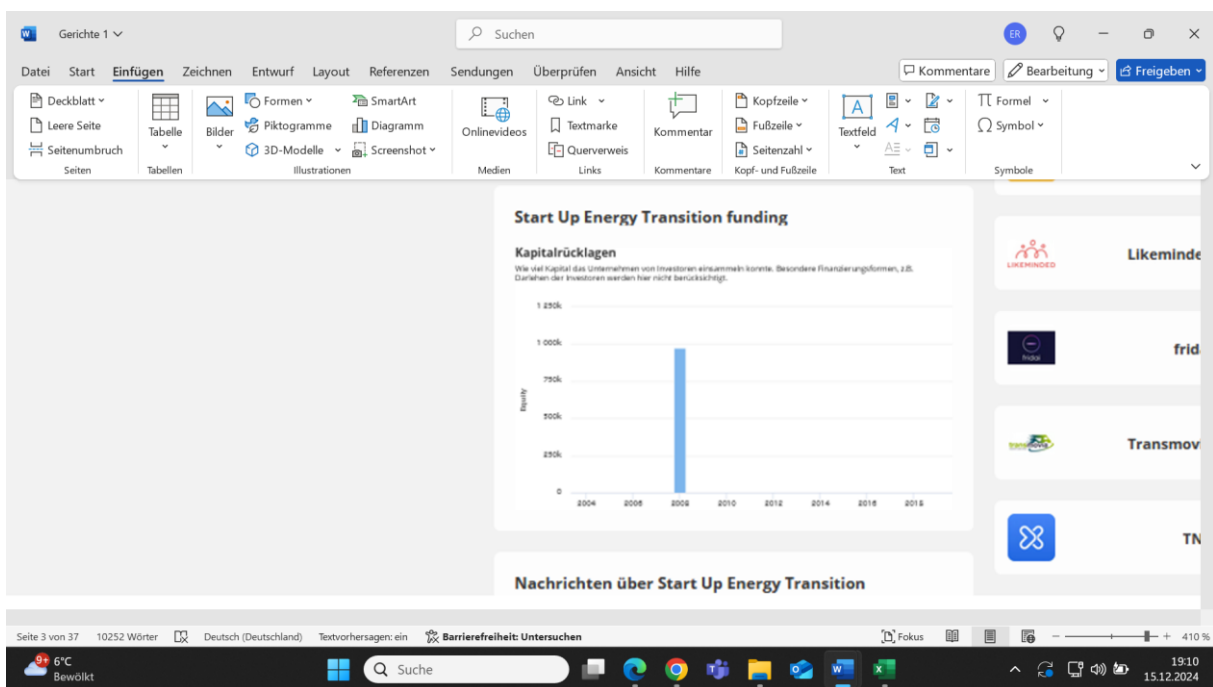
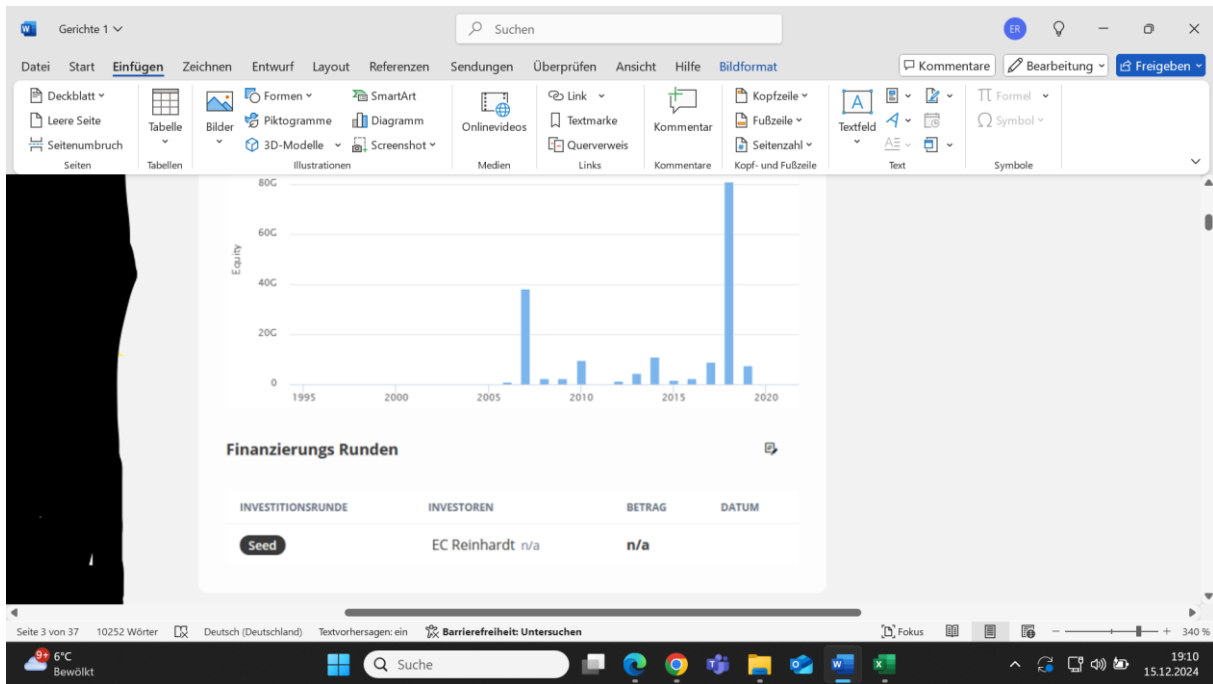
VERSTOSS GEGEN DAS GELDWÄSCHEGESETZ UND ISTANBUL KONVENTION

Eilantrag wegen Vermögensgefährdung und fortgesetztem Datenmissbrauch

- 1. Rücknahme sämtlicher Klagen und Urteile wegen bereits bestehendem **Rücknahmeformulierungsantrag** in den Klageverfahren und daher Ungültigkeit der jeweiligen Klage sowie keiner vorgelegten Abtretung, nicht rechtsgültiger Kontoeröffnungen der Initialbanken, Ablehnung eines Kontenabrufs für Prozesskostenhilfe, Ablehnung der Zuordnung eines Notarwalts und Identitätsmissbrauch mit **Beginn seit 1995 , Verhinderung der Aufklärung auf ein gerechtes Verfahren durch die Gerichte, Versuche Forderungen zu vervielfachen, Verdacht auf Vermögenskreation im Milliardenbereich durch die initialen Forderungsinhaber und Nichtklärung durch die Prozessgestaltung, sowie Gefahr des Diebstahls dieses Vermögens durch eine Betrügerbande. Verdacht auf den Versuch der Firmenübernahme mit auf die Besitzerin und ihr Konzept angespartem Vermögen. Nachfolgende Grafik fand sich bei www.startbase.de IM Juli 2021 in G Währung (GIGA) Mrd. Für die DENA fanden sich dort nur 1knapp 1000 K (Kilo), also 1 Million. Im zeitlichen Zusammenhang steht die Einzahlung bei der DENA, die wohl dann zurückgezahlt wurde mit der Gründungsfinanzierung der Unicredit für die Umwandlung der rds real estate development GmbH in die rds energies GmbH 2008/2009 und einen aus heutiger Sicht Geschäftsbehinderungsfinanzierung der Unicredit , bei dem Daten gefälscht wurden, ein KFW Kredit behauptet wurde, den sie nie bekommen hat und erhebliche finanzielle Gewalt mit dem Versuch der Unternehmenszerstörung ausgeübt wurde. Nachdem die Grafik bei startbase entdeckt wurde, wurden erhebliche Unregelmässigkeiten bei den Banken entdeckt, die bsi heute nicht geklärt sind. Es ist vbermutlich davon auszugehen, dass auf Eva-***

Cathrin REINHARDT mit h mit Paralleladresse auf ihren falschen Daten eine Schwarzgeldkasse mit erheblichem Ausmaß entstand, während man ihr selbst angemessene Finanzierungen verweigerte und sie in Verschuldung trieb. Das widerspricht allen geltenden Gesetzen von Datenschutz bis Geldwäsche sowie Wettbewerbsregeln. Nachfolgend die Grafiken. Es kann sein, dass ihre Firma übernommen werden sollte.





2. *Ersatzweise stelle ich den Antrag Revision von Amts aufgrund von Vermögensgefährdung und Verdacht auf Geldwäsche sowie auf Aussetzung sämtlicher Vollstreckungsmaßnahmen und Kostenfestsetzungen für mich und die rds energies GmbH aufgrund des dringenden Tatverdachts von Doppelprozessen, Betrug, Vermögensdiebstahls, der Datenfälschung und der Geldwäsche im Zusammenhang mit Mahnverfahren und Klageverfahren und untergeschobenen Klagen an den oben genannten Gerichten.*
3. *Überprüfung ob der verhandelte Klagegegenstand derselbe ist wie der versendete und Überprüfung sämtlicher Klagen von Amts wegen aufgrund des*

Geldwäscheverdacht durch den Identitätsdiebstahl der Daten von Frau Reinhardt und ihrer GmbH, insbesondere durch unsichtbar gemachte doppelte Kontenebenen, auf denen die Betrugskredite abgewickelt werden. Es wird angeregt dafür sämtliche Ursprungsbanken einzubinden, wie bereits mehrfach beantragt, weil es sonst nicht klärbar ist.

4. *Eilantrag auf vollständige Vermögensfeststellung von Amts wegen für Eva-Catrin Reinhardt, Eva-Catrin Reinhardt, Frau Eva-Catrin Reinhardt, Eva-Cathrin Reinhardt, Eva Reinhardt, Reinhardt, Eva, Frau, Eva-Katrin Reinhardt u.a., Herr Reinhardt, Eva-Catrin, rds energies GmbH E, R usw. und sofortiges Einfrieren sämtlicher Vermögen nach Abgleich der Konten, die tatsächlich existieren und rechtssichere Zuordnung der Vermögen, inkl. Immobilienvermögen, Wertpapiere, Konten,*
5. *Eilantrag auf vollständige Datenüberprüfung und Überprüfung vorhergehender Verfahren*
6. *Löschung der Doppeldatenidentität Eva-Cathrin Reinhardt, vertreten durch Frau Eva-Catrin Reinhardt, Frau Eva-Catrin Reinhardt und ggf. andere in sämtlichen Stellen, wo das vorhanden ist z.B. Gerichtsvollzieher und Schuldnerverzeichnis in Schöneberg*
7. *Löschung sämtlicher Unterfirmen oder Doppelidentitäten der rds energies GmbH und Rückabwicklung sämtlicher Kredite, die ich nicht autorisiert habe und Doppelkredite*
8. *Eilantrag auf eine erste RATE in Höhe von 600.000 Euro für Schadensersatz und Ersatz der entgangenen Gewinne und Lohnkosten, die aufgewendet werden mussten um den Fall zu klären. Als Schadensersatz ist anzusetzen der entgangene Geschäftsführerlohn in Höhe von 140.000 Euro per annum und der entgangenem Gewinn durch Finanzierungsbehinderung und gestohlene Daten und Kredite, sowie sämtliche immateriellen und gesundheitlichen Schäden. Ich beschäftige mich schon 3,5 JAHRE damit meine Datenhoheit wieder zu bekommen. Da es eigentlich die Pflicht der Bafin, FIU und Staatsanwaltschaft gewesen wäre, dass so etwas nicht passiert und sie Aufklärung und Unterstützung verweigert haben fordere ich diese Summe gesamtschuldnerisch von allen Beteiligten. Da gegen Gesetze in Form einer Bandenbildung, die zusammen wirkt, verstoßen wurde tritt persönliche Haftung für jeden einzelnen Mitmacher ein, insbesondere wenn diese Datenverstöße noch andauern.*
9. **Eine unverzügliche Freistellungsbestätigung und Haftungserklärung der Gerichte** *von sämtlichen Forderungen, die an mich aufgrund der gestohlenen Kredite, die sehr wahrscheinlich jetzt unter meinen Daten über Vielfachmahnverfahren gestohlen werden sollen gestellt werden könnten.*
10. **Geldwäschefreiheitsbescheinigung** *des Justizministeriums, da ich wirklich damit nichts zu tun habe, was da unter meinen Daten gelaufen ist*

11. Revision wegen nicht ordnungsgemäßer Zustellung und Einladungen zu Verkündungsterminen in einigen Verfahren.

12. Überprüfung der Postversendung.

Antrag auf aufsichtsrechtliche Überprüfung

Zugleich stelle ich hiermit eine Dienstaufsichtsbeschwerde über sämtliche beteiligten Mitarbeitende wegen VERSTOß gegen diverse Gesetze (Datenschutz, Geldwäschegesetz, Istanbul Konvention, ZPO) und verlange Überprüfung. Meine Informationen hatte ich jeweils per Fax gesendet und sie sind in den Prozessakten enthalten. Es kann natürlich sein , dass ganz andere Verfahren unter meinen daten geführt werden.

Strafanzeige

*Ich stelle hiermit zugleich Strafanzeige wegen u.a. Beteiligung an mindestens leichtfertiger Geldwäsche durch Unterlassen von Aufklärung und Strafanzeigen an sämtliche Beteiligten, die an diesem **Datenkartell** mit Verbindung zu Finanzstraftaten mitgemacht haben und schwerwiegende wirtschaftliche und gesundheitliche Folgen für mich, die Betroffene – Eva-Catrin Reinhardt erzeugt haben, die eigentlich nach dem Grundgesetz als Mutter besonders zu schützen gewesen wäre. Weiter stelle ich Strafanzeige wegen Nichteinhaltung der DATENSCHUTZGESETZE, sowie illegales Nutzen meiner Daten und finanzielle Gewalt gegen sämtliche Personen, die daran mitgewirkt haben, dass diese Straftaten bis heute andauern, und weiterbetrieben werden, wie meinen Namen nicht voll zu schreiben um zu vertuschen, dass diese Prozesse oder ein Teil dieser sich gegen Eva-Cathrin mit h richten. Arrondierende Straftaten sind zu ermitteln. Eine Liste der eingestellten Verfahren kann übermittelt werden, ebenso eine Liste der Straftaten.*

Betroffene Verfahren und Aktenzeichen und nicht vollständige Kritikpunkte:

- **Kammergericht:** 26 U64/24 Kontoeröffnungsnamensfälschung, nicht gekündigte Rahmennummer, Identitätsmissbrauch, illegale Datenspeicherung, dritte Partei in Klage, und anderes , illegales Konto wurde eröffnet , Erweiterung Klagegegner
- **Landgericht Berlin II:**
 - 37 O 3/24 Real Solution Inkasso, ursprünglich Berliner Sparkasse, alles als Eva-Cathrin Reinhardt, vermutlich als Doppelkonten geführt, initialer Kreditbetrug 1998 ist zu klären , keine Abtretung vorgelegt

- 10 O 72/24 Real Solution Inkasso, ursprünglich Berliner Sparkasse, alles als Eva-Cathrin reinhardt, vermutlich als Doppelkonten geführt, initialer Kreditbetrug 1998 ist zu klären , keine Abtretung vorgelegt
 - 37 O 46/24 Real Solution Inkasso, ursprünglich Berliner Sparkasse, alles als Eva-Cathrin reinhardt, vermutlich als Doppelkonten geführt, initialer Kreditbetrug 1998 ist zu klären , keine Abtretung vorgelegt
 - 38 O 94/24 Real Solution Inkasso / Reinhardt, E. ursprünglich Berliner Sparkasse, alles als Eva-Cathrin reinhardt, vermutlich als Doppelkonten geführt, initialer Kreditbetrug 1998 ist zu klären , keine Abtretung vorgelegt
 - 37 O 96/24 Real Solution Inkasso / RDS Energies u.a., ursprünglich Berliner Sparkasse, alles als Eva-Cathrin reinhardt, vermutlich als Doppelkonten geführt, initialer Kreditbetrug 1998 ist zu klären , keine Abtretung vorgelegt
 - 38 O 123/24 Eos / Reinhardt, E., falscher Kredit, der nicht existiert , habe das Gericht informiert , Bank 11 hatte illegales Konto angelegt , keine Abtretung vorgelegt
 - 37 O 354/23 VR Smart Finanz GmbH , Kontoeröffnungsnamensfälschung, nicht gekündigte Rahmennummer, Identitätsmissbrauch, illegale Datenspeicherung, dritte Partei in Klage, und anderes , illegales Konto , merkwürdige Gestaltung für den Unterliegensfall
 - 10 O 276/24 Bundesrepublik Deutschland mit selbst ernanntem Klägervorteiler , RDS ENERGIES GMBH , GF Eva-Catrin Reinhard
 - 10 O 276/24 Weitere Klage – Betrugsklage wegen Doppelforderung durch denselben Anwalt an E.Reinhard (falscher Name) für eine einmalige Forderung, aber hier wird aus 1 2 gemacht
- **Amtsgericht Charlottenburg:**
 - 202 C 7/24 Real Solution Inkasso , ursprünglich Berliner Sparkasse, alles als Eva-Cathrin reinhardt, vermutlich als Doppelkonten geführt, initialer Kreditbetrug 1998 ist zu klären , keine Abtretung vorgelegt
 - 224 C 199/24 VR Inkasso – falscher Beklagter Reinhardt, E. ganz ohne Adresse, Verstoß gegen die ZPO, Volksbank führt ein Konto weiter, Unregelmäßigkeiten bei Kontoeröffnung
 - **Amtsgericht Schöneberg**
 - 106 C 67/24 – VR Inkasso - falscher Name rds **energie** GmbH

Die Verfahren sind über die E Akten einsehbar

Anlagen

1. Klagerücknahmeantrag als BEISPIEL und Indikation für Doppelklagen

2. emailschreiben an Post wegen Unregelmäßigkeiten

3 Punktkennzeichnung der Briefe , Beispiel

4. Geldwäschemitteilung an das LANDGERICHT Berlin

5. Schreiben an das Mahngericht Hamburg wegen fehlendem Antragsgegner

6. Schreiben an das Mahngericht Hamburg wegen Forderungsvervielfachung

7. Sammelschreiben an alle Banken, dieses wurde mehrfach per email versendet

8. Antrag auf Beweisaufnahme per FAX an die Polizei Rudolstädter Straße. Nach telefonischer Nachfrage wurde es nach Charlottenburg verwiesen, wo ich angeblich eine Antwort bekommen sollte wohin ich das senden kann. Diese unterblieb. Habe mehrfach bei beiden Stellen nachgefragt.

Sehr geehrter Herren und Damen, Präsidenten oder Vizepräsidenten,

ich schreibe Sie direkt an mit diesem mehr als besorgniserregenden Fall, da die Einhaltung der Rechtsstaatlichkeit anscheinend nicht mehr gewährleistet ist und an Ihren Gerichten unregelmässige und vermutlich Doppelprozesse geführt werden. Möglicherweise haben sich Hacker eingehackt in die Strukturen. Briefe wird nicht ordnungsgemäß zugestellt. Briefumschläge wurden geöffnet, die Zustellungsurkunden nicht entnommen, da diese ja dann die vollständige Öffnung der Briefseite nach sich gezogen hätten, Briefumschläge mit einem bis drei Punkten an der Seite oben rechts markiert. Ich zeige gerne die Nachweise.

Ich stelle hiermit Eilantrag aufgrund von dringender Vermögensgefährdung von meinem oder dem Vermögen Dritter, identitätsmissbrauch für Straftaten und fordere Rücknahme der unten genannten Klagen im Zusammenhang mit sämtlichen Mahnverfahren und unten genannten Klageverfahren, die gegen mich und meine rds energies GmbH geführt wurden.

Ich bitte Sie die Informationen aus den E Akten zu entnehmen und teile mit dass wundersamerweise die Akte der Klage der VR Smart Bank **Akte Reinhardt** hieß statt rds energies GmbH und dort ein **Verwaltungsamt** auftauchte, was mit dem Prozess nichts zu tun hat und der RA merkwürdige Abtretungsregelungen in die Klage formulierte, die auf den Prozess nicht zutrafen, denn es ging um 7007 Euro. Im Falle des Unterliegens beantragte er Abtretungen durch selbstschuldnerische Bürgschaften an die Sparkasse und Volksbank. Ich teile Ihnen mit dass die VR Smart Finanz Bank mich in der Datenbank als Eva-Catrin Reinhardt Gruppe führte, mit Vertragsnummer, obwohl ich nur mit der GmbH einen kleineren Kreditvertrag hatte . 15.000 Euro plus 1.500 Euro. Privat hatte ich keine Geschäftsbeziehung. Warum heisst die Akte dann Reinhardt und was läuft da unter meinen Daten? Weiter war mein privates Konto der Sparkasse dort dokumentiert, bevor ich eine Geschäftsbeziehung dorthin hatte unter den DATEN meiner GmbH.

Ich habe in den letzten 3,5 Jahren ca. 150 Straftaten gegen mich gezählt. Ich denke meine Daten werden als eine Art Finanzagent für Geldwäsche bankübergreifend rumgereicht und man hatte damals vorsätzlich zur GmbH Gründung eine Doppelidentität geschaffen, die von Banken betrieben wird als Schwarzgeldkasse.

Ich möchte das nicht weiter tolerieren.

Ich bitte Sie mir auch alle E- Akten zur Verfügung zu stellen, damit ich überprüfen kann, was sich da noch alles so findet und ich rege an das Controlling zu steigern.

Gleichzeitig stelle ich **Dienstaufsichtsbeschwerde** gegen sämtliche zu ermittelnde Beteiligte an die Aufsichtsbehörde wegen

- **Verstoss gegen**

- Garantienpflichten des Staates ordnungsgemäße Rechtsverfahren durchzuführen
- rechtliches Gehör zu bekommen
- Grundgesetze einzuhalten
- Datenschutzgesetze einzuhalten
- Die ISTANBUL Konvention einzuhalten
- Und teile mit , dass gesundheitsschädigenden Folgen, Folgen auf das Familiensystem, Vermögensgefährdung und Reputationsgefährdung und Inkaufnahme von Betrugshandlungen durch sämtliche Beteiligten unter meinen Daten eingetreten sind.

Da ich nicht beurteilen kann ob Telefone umgeleitet werden und Post gehackt ist , kann ich nicht beurteilen, ob die echten Richter mir geantwortet haben.

Ich war nicht immer 100 prozentig in der Lage alles fristgerecht zu beantworten, da ich eine Krebskrankheit habe und eine Chemotherapie machen musste. Dass auf mich und meine Krankheit und dem Antrag auf die Zusammenlegung der Prozesse keinerlei Rücksicht genommen wurde, betrachte ich als Gesundheitsgefährdung, auch dass kein Kontenabruf veranlasst wurde um Fakten zu schaffen und das Vermögen zu sichern.

Strafanzeige für sämtliche Straftaten aus diesem Tatkomplex

Weiter stelle ich hiermit eine Strafanzeige an sämtliche zu ermittelnde Beteiligten in dem Gesamttatkomplex wegen der Tatbeteiligung an leichtfertiger Geldwäsche durch Unterlassung von Strafanzeigen und Aufklärung und Hilfe mit gesundheitlichen schädigenden Folgen für mich, sowie wirtschaftlichen Folgen und immateriellen Schäden.

Ich teile Ihnen mit, dass ich am Insolvenzgericht einen Kontenabruf beantragt habe. Dieser wurde mir verweigert. Mir wurde neben dem Identitätsdiebstahl auch Geld und Vermögen und eventuell ein Testament gestohlen, daher wollte ich das gerne wiederfinden. Ich kann das nur mit einer umfassenden Vermögensfeststellung

feststellen und hatte diverse Stellen um Hilfe gebeten, auch um finanziell wieder stärker zu werden und nicht auch noch meine Firma zu verlieren, die man versucht hat zu übernehmen, was auch unlauterer Wettbewerb ist.

Für den Fall der Ablehnung hatte ich mitgeteilt, dass ich Insolvenz anmelde und den Antrag nachreiche.

Da es sich um staatsgefährdende und eigentumsgefährdende Handlungen mit möglichem terroristischem Hintergrund handelt und es um vermutliche sehr hohe Summen und ein bisher noch unentdecktes Betrugsmodell handelt, bei dem ich weiß, dass Banken oder mir oder Dritten Geld gestohlen wird, wurde oder werden soll und vermutlich Bankmitarbeitende, eventuell Gerichtsmitarbeitende beteiligt sein könnten, wurde habe ich aus Gründen der Absicherung des Rechtsstaates und der Demokratie die Insolvenz bisher schwebend offen gelassen, zumal die Vermögenslage aufgrund der Konten unter meinen Daten und rds energies GmbH Daten nicht geklärt ist und ich gegen die Schuldner weitaus höhere Ansprüche habe, als diese von mir fordern und mir hoher Schadensersatz zusteht.

Zu meiner eigenen Sicherheit und Sicherheit der betroffenen Banken sollte die Vermögensfeststellung nun also schnell umgesetzt werden, nachdem die Prozesse rückabgewickelt wurden und festgestellt werden, woraus es besteht.

Geld aus Straftaten für die meine Daten benutzt wurden sollten großteils dem Gemeinwesen zugute kommen und dem Aufbau eines neuen Banksystems, falls sich wirklich derartig hohe Summen wie 150 Milliarden finden lassen und diese aus Straftaten herrührt. Auch gestohlene KfW Kredite unter meinen Daten wären Straftaten.

Ein Schadensersatzanspruch bliebe trotzdem bestehen.

Sie können sich sicher vorstellen, dass mir ein gestohlenes Testament als Erklärung lieber wäre, als Menschenhandel oder Waffenhandel mit meinen gestohlenen Daten zu finanzieren. Bitte prüfen Sie auch, warum ich so merkwürdige Elsterberechtigungen habe, Hunde in Bremen und Hamburg und Online Wetten usw. zu versteuern.

Antrag auf Durchführung der Rücknahme der Klagen

In den Formulierungen der Klagen war stets enthalten, dass Klagen geringfügig zurückgenommen werden, damit also gar nicht eingereicht sind und daher beantrage ich diese einfach zu stornieren nebst Folgewirkungen (sämtliche Kostenfestsetzungen) und damit das zu tun, was die Anwälte beantragt haben, da ja gar keine Klagen entstanden sind, da diese zurückgenommen wurden. Ein Beispiel dieses Antrags-Musters sende ich in **Anlage 1**.

Es wurde hier anscheinend nur vorgespielt es gäbe diese Klagen, während in Wirklichkeit andere Klagen möglicherweise parallel liefen. Ich lege die Information über die

Unregelmässigkeiten bei der Postzustellung als **Anlage 2** bei , sowie einen der Briefe mit Punkt Kennzeichnung. **Anlage 3**

Tatbestand und Verdacht:

Es besteht ein dringender Verdacht, dass über die genannten Verfahren nicht nur unrechtmäßig Vermögenswerte entzogen werden sollen oder wurden, sondern auch Gelder in Verbindung mit illegalen Praktiken wie Geldwäsche und möglicher Terrorismusfinanzierung fließen.

Zu den relevanten Verdachtsmomenten zählt auch, dass in den eingereichten Steuerformularen unter den Daten meiner GmbH über den Weg der Steuerberater unbekannte Vermögenswerte angegeben wurden, die ich nie zuvor gesehen habe und die mir völlig unbekannt sind. Diese unklaren Vermögenswerte, die auf meinen GmbH Namen eingetragen wurden, müssen dringend überprüft werden. Ich hatte dem Gericht darüber Mitteilung gemacht und aufgrund der Geldwäschevorschriften gebeten sämtliche Richter zu informieren. **Anlage 4**

Besonders besorgniserregend ist, dass im Umfeld der Börse Stuttgart unrechtmäßige Zahlungen in Höhe von 150 G/ Milliarden Euro auf meine Daten dargestellt wurden, was auf mögliche Verbindungen zu illegalen Finanzströmen, einschließlich Terrorismusfinanzierung, hinweist. Ich habe das Gericht und die Anwälte in jedem einzelnen Verfahren bereits über Unregelmässigkeiten informiert und fordere, dass diese Informationen umgehend an alle Richter und zuständigen Behörden weitergeleitet werden, um eine umfassende Untersuchung einzuleiten.

Ungültige Mahnverfahren

Ich hatte auch den vorgeschalteten Mahnverfahren widersprochen, da kein Antragsgegner eingetragen war. Dieser Mängel wurde nicht behoben, daher sind Versäumnisurteile die auf nicht gültige Vollstreckungstitel referenzieren ungültig. Forderungen wurden auch illegal verdoppelt und ich habe herausgefunden, dass Darlehenskonten in Wirklichkeit als andere Kontokorrentkonten geführt wurden. Ich lege die Widersprüche bei. **Anlage 5** und 6

Fehlerhafte und unrechtmäßige Verfahren:

Die betreffenden Mahnverfahren wurden unter Umständen geführt, die gegen die Vorschriften der ZPO und der Zivilprozessordnung verstoßen, insbesondere gegen § 130 ZPO (Abtretungsnachweis) und § 43 HGB (Prüfung der Geschäftsführerdaten). Zudem gab es schwerwiegende Mängel bei den Schnellverfahren, die zu Versäumnisurteilen führten, obwohl ich gesundheitlich beeinträchtigt war und nicht in der Lage war, adäquat zu reagieren. Ich musste während dieser Zeit eine Chemotherapie durchlaufen, was meine Fähigkeit zur Teilnahme an den Verfahren erheblich beeinträchtigte. Die Richter hatte ich darüber informiert und auch gebeten sämtliche Prozesse zusammen

zu legen. Ich habe ja noch nicht mal für einen Prozess einen Anwalt gefunden, wie sollte ich das für diese Vielzahl an Prozessen tun?). Abtretungen und Klageberechtigungen wurden nicht überprüft, hätten aber vorgelegt werden müssen. Man hat mich also definitiv von meinem Recht auf rechtliches Gehör abgeschnitten.

Rechtliche Grundlage für den Antrag:

Aufgrund der oben genannten Verstöße und der Tatsache, dass meine Informationen über die Betrugsverdachtsmomente und den Verdacht auf Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung in den Akten enthalten sind, fordere ich die Revision gemäß § 579 ZPO und die Aussetzung sämtlicher Vollstreckungsmaßnahmen gemäß § 774 ZPO. Die Verfahren müssen dringend überprüft werden, da sie auf potentiell gefälschten und unrechtmäßigen Daten basieren und eine erhebliche Gefährdung meiner Gesundheit sowie meines Vermögens oder des Vermögens Dritter darstellen, da ich mich nicht verteidigen konnte.

Inwieweit Anwalts- und Richteridentitäten auch missbraucht wurden sollte geprüft werden.

Gesetzliche Bezugnahmen, die im Tatkomplex in Verbindung mit den Vortaten vorkommen:

- **§ 263 StGB** (Betrug)
- **§ 267 StGB** (Urkundenfälschung)
- **§ 43 HGB** (Prüfung der Geschäftsführer)
- **§ 130 ZPO** (Abtretungsnachweis)
- **§ 579 ff. ZPO** (Revision von Entscheidungen)
- **§ 774 ZPO** (Aussetzung der Vollstreckung)
- **Geldwäschegesetz (GwG)** und **Terrorismusfinanzierungsgesetz (TFinG)**

Gesundheitliche Beeinträchtigung:

Durch die unrechtmäßige Vorgehensweise der Gerichte und die schnellen Vollstreckungsmaßnahmen, ohne dass eine angemessene Berücksichtigung meiner Gesundheitsprobleme erfolgte, wurde meine Gesundheit weiter gefährdet. Während ich mich einer Chemotherapie unterzog, wurden die Verfahren ohne Rücksicht auf meine Situation fortgesetzt. Dies stellt eine Verletzung meiner Rechte dar, insbesondere im Hinblick auf § 5 ZPO (Wahrung der Rechte der Parteien) und der Pflicht des Staates meine Gesundheit zu schützen.

Forderung:

Angesichts des dringenden Verdachts auf Datenfälschung, Betrug, Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung fordere ich, dass sämtliche Verfahren ausgesetzt und die

Vollstreckungsmaßnahmen gemäß § 774 ZPO gestoppt werden, bis die Angelegenheit vollständig geklärt ist. Ich fordere eine Revision der entsprechenden Entscheidungen gemäß § 579 ZPO.

- Ich bitte Sie darum, dass alle betroffenen Parteien, einschließlich der *Berliner Sparkasse*, *Eos Inkasso*, *Real Solution Inkasso*, *Berliner Volksbank*, *VR Inkasso*, *VR Smart Finanz Bank GmbH*; *Grenke Bank*, *Bundesministerium für Arbeit und Soziales* und die zuständigen Gerichte und Richter und Anwälte, umgehend über diesen Antrag auf VORSTANDSEBENE informiert werden. Darüber hinaus fordere ich, dass die relevanten Informationen zu den an alle beteiligten Richter verteilt und in die weiteren Untersuchungen einbezogen werden.
- Ich informiere Sie noch einmal, dass Bank 11, VR Smart Finanz Bank GmbH, Berliner Volksbank, Landesbank Berlin AG, Unicredit Bank, Postbank, Flatex de Giro Bank und Credit Europe Bank und weitere Banken massive Unregelmäßigkeiten zu finden waren, inklusive Datenfälschungen und teilweise unautorisierte Kontenübernahmen und unautorisierte Konteneröffnungen und weitergeführte Konten.
- Ich hatte sämtlichen Banken, bei denen ich Kredite nicht mehr bedient habe, Anerkennnisvorschläge unterbreitet, so dass Mahnverfahren und Einschaltung von Inkassounternehmen an sich entbehrlich gewesen wären.
- **Es hat wohl mit dem Kreditvervielfachungssystem und dessen Aberntung über illegale Prozesse zu tun, so dass diese nicht angenommen wurden. Das deutet auf ein Betrugssystem hin.**

Falls eine Rücksetzung der Klagen aufgrund des Rücknahmegesuchs der jeweiligen Anwälte nicht möglich sein sollte fordere ich somit:

1. Eilrevision von Amts wegen wegen Betrugsverdacht und Vermögensgefährdung und damit
2. Sofortige **Aussetzung** sämtlicher Vollstreckungsmaßnahmen und Kostenfestsetzungen der Kosteneinzugsstelle in den unten genannten Verfahren gegen mich, sämtliche Namensaliasse und meine rds energies GmbH aufgrund des dringenden Tatverdachts des
 - a. getätigten oder noch drohenden Vermögensdiebstahls
 - b. der Doppelkontenführung
 - c. der Datenfälschung
 - d. sowie der vermutlichen Geldwäsche möglicherweise in Verbindung mit Terrorismusfinanzierung
 - e. des Missbrauchs von Gerichtsverfahren für Betrug

Antrag auf Rücknahme und Begründung (Beweise sind in der Konstruktion der Klagen selber zu finden)

3. **Nach Prüfung beantrage ich die vollständige Rücknahme sämtlicher Urteile, Festsetzungen und Folgekosten wie die der Kosten der Kosteneinzugsstelle da die Verfahren gegen die ZPO verstoßen, da**
- a. **U.a. keine Abtretung der ursprünglichen Forderungsinhaber und damit Klageberechtigung vorgelegt wurde und die Klagen damit den Mindestvoraussetzungen nicht genügen.**
 - i. Im Verfahren VR Inkasso wurde ausserdem gegen eine Reinhardt, E. ohne Adresse geklagt. Das entspricht nicht den Vorschriften der ZPO und den Anforderungen an eine Klage. Sämtliche Forderungen sind nicht spezifiziert, der Geschäftsführer ist nicht benannt. Einen Reinhardt, E. Geschäftsführer gibt es nicht. Die Klage ist ungültig.
 - ii. Im Verfahren VR Inkasso , Bundesrepublik Deutschland und allen Verfahren Real Solution Inkasso fehlt die Darstellung der Abtretung. Die Forderungen werden lediglich behauptet. Das entspricht nicht den Vorschriften der ZPO und den Anforderungen an eine Klage. Die Klagen sind daher ungültig und die Prozesse für nichtig zu erklären.
 - iii. Anwalt Giesen aus Frechen machte sich gar selber zum Klägervertreter der Bundesrepublik, fälschte meinen Namen in Eva-Catrin Reinhard, und verdoppelte unzulässig die Forderung, da er unzulässig die private Bürgschaft für einen GmbH Kredit als separate Summe einforderte. Das ist ein Betrugsversuch. Ich habe das Gericht darüber informiert.
 - iv. VR Smart Finanz Bank GmbH – Der Kreditvertrag ist ungültig, da er auf einer Namensfälschung basiert.
 - v. Klagen der Real Solution richten sich alle gegen Eva-Cathrin mit h , was durch die Reinhardt,E. Schreibweise verheimlicht werden soll. Ein Nachweis dazu kann vorgelegt werden. Es kam heraus als ich mich beim Mahngericht Hamburg beschwerte.
 - vi. Die Atlantik Rechtsanwälte fordern einen VERKAUFTEN Kredit, der mit dieser Nummer gar nicht bestand und haben auch keine Abtretung vorgelegt
 - b. die Banken sämtlich gegen das Bankgeheimnis verstoßen haben und damit die vorgelegten Beweise ungültig sind
 - c. Daten gefälscht wurden, auch vom Gericht. (Reinhardt, E.)
 - d. Schreiben des Gerichtes anscheinend ausgetauscht wurden (ich erhielt Schreiben mit Tesafilm zugeklebten gelben Briefumschlägen, das Fach der Zustellungsurkunde war oft nicht geöffnet, also konnten diese Briefe keine Zustellungsurkunde enthalten haben; Kennzeichnungen mit ein bis drei Punkten waren auf den Umschlägen)
 - e. Prozessinhalte vermutlich vervielfacht wurden

- f. Die vorhergehenden Mahnverfahren ungültig waren, da immer kein Antragsgegner eingetragen war und die Mahngerichte meinen Monierungen hätten stattgeben müssen. Monierungen Hamburg sende ich mit. **Anlage 5 und 6**
- g. Die Einzahlung der Gebühren nicht immer nachgewiesen wurde
- h. Über Mahnverfahren der Klagegegenstand vervielfacht wurde **Anlage 6 als Beispiel des Betrugsmusters , Forderungen werden privat und zus. der GMBH gemahnt , obwohl der Ansprcuh nur wenn dann gesamtschuldnerisch bestehen kann, bzw. das nacheinander eingetrieben werden muss**
- i. Weitere Klagepartner in Klagen auftauchten m, die mir unbekannt sind, wie ein Verwaltungsamt (siehe Akte Reinhardt im Fall VR Smart Finanzbank GmbH)
 - i. Doppelte Versäumnisurteile erzeugt wurden, mit der Gefahr, dass Gelder über die Doppelkontenstruktur gestohlen werden , teilwiese wurde mir dasselbe mehrfach gesendet
 - ii. Auf meine Einwände und Wünsche wie Widerklage und sonstige Informationen, wie Hilfe einen Notanwalt zu bekommen, oder Prozesskostenhilfe nach erfolgtem Kontenabruf wurde überhaupt nicht eingegangen, und ich wurde vom Gericht vom rechtlichen Gehör abgeschnitten, nachdem ich **seit 1995** mindestens datenmissbraucht werde und musste mich teilweise weiter betrügen lassen, nun unter unbewusster Beihilfe des Gerichtes, was ich aber informiert hatte über die erheblichen Unregelmässigkeiten in meinem Leben im Verhältnis zu Banken. Weder Datenschutz noch sonstige Gesetze wie Diskriminierungsfreiheit fanden Anwendung, sogar das Gericht fälschte Daten, damit wahrscheinlich die durchgehend falsche Schreibweise meines Namens als Eva-Cathrin nicht auffällt. Vermutlich hat man sich gedacht, dass derartige „Datenfehler“ keine Straftaten sind, da es ja einfach nur „Fehler“ sind. Ich denke aber es ist Absicht gewesen, dass man mich zur Schwarzgeldkasse instrumentalisiert hat und das hat meine unternehmerischen Chancen zerstört, meine familiären Bindungen beeinträchtigt und gefährdet mich, denn mein Name oder falscher Name ist immer dahinein verstrickt.
- j. Die Mitteilung ich würde schon seit 3,5 Jahren keinen Anwalt finden wurde von einem Richter sogar verhöhnt und nicht als Indiz der weitreichenden Infiltration in Anwaltsnetzwerke der organisierten Datenkriminalität, deren Opfer ich wurde erkannt. Es ist auch unterlassene Hilfeleistung.

- k. Auf meine gesundheitliche Situation wurde keinerlei Rücksicht genommen
- l. Die Anwälte haben auf meine Informationen nicht reagiert. Ich nehme an es gab Ansprachen, immerhin geht es um 150 Milliarden Euro, die im Umfeld der Börse Stuttgart auf meine Daten veröffentlicht wurden und das Betrugsmuster hat sich seit 1995 fortentwickelt.
- m. Durch Anwaltszwang wurde ich vom rechtlichen Gehör abgeschnitten ;
DENN ICH FAND KEINEN, und die Prozesse waren mit Absicht so getaktet

Ich beantrage aufgrund der anzunehmenden Tatsache, dass hohe Summen gestohlenen Vermögen und/oder Geldwäsche über meine DATEN im Markt laufen eine sofortige Untersuchung, Aufspüren der Konten und Vermögen und Rückgängigmachen der Verfahren.

Ich bin die geschäftsführende Gesellschafterin der rds energies GmbH.

Es ist schon ein bisschen merkwürdig, wenn man wegen einer niedrigen sechsstelligen Summe insgesamt versucht wird um seine Firma gebracht zu werden, während man 150 Milliarden auf dieselbe Person und Firma kreiert.

Ich möchte auch betonen, dass wenn wir ein funktionierendes Rechtssystem hätten und die Staatsanwaltschaft oder FIU ihre Arbeit gemacht hätten mir die Umsätze nicht zusammen gebrochen wären, da ich mich dann auf mein Geschäft hätte konzentrieren können, statt auf Datenverteidigung.

Hier sind die Bafin als verantwortliche Stelle die Bankenaufsicht in Verantwortung zu ziehen.

Ersatzantrag

Für den Fall, dass eine Revision nicht möglich ist beantrage ich aus Krankheitsgründen und aufgrund der Tatsache, dass mir jegliches rechtliches Gehör verwehrt wurde

- **Einsetzen in den vorherigen Stand und gehe in Berufung**, beantrage Prozesskostenhilfe und Widerklage gegen die Parteien und Parteienerweiterung auf alle beteiligten Banken, Rechtsanwälte und Inkassofirmen , da diese alle mitgemacht haben, dass die Geldwäsche unter meinen Daten nicht endet bis heute und Zusammenlegung sämtlicher Verfahren mit paralleler Begleitung durch die Staatsanwaltschaft für die Straftaten, die damit zusammen hängen
- Für die Prozesskostenhilfe beantrage ich den Kontenabruf
- Bitte teilen Sie kurzfristig mit, ob Sie die Revision eingehen oder ich eine Klage für die Berufung und Aussetzung der Vollstreckung einreichen muss
- Ich informiere Sie, dass ich sämtliche Vorstände aufgefordert habe, die Sache intern zu klären und sämtliche illegalen Konten beendet werden.

Ich bitte darum, dass die betreffenden Informationen, die ich bereits seit Frühjahr diesen Jahres über diese Verdachtsmomente per Fax für die Akten bereitgestellt habe, nun von allen zuständigen Richtern und Gerichtspersonen berücksichtigt und gelesen werden.

Ich hatte auch Aufrechnungsrechnungen gesendet.

Ich bitte den Verdacht auf Geldwäsche über doppelte Versäumnisurteile und doppelte Klageverfahren und Gerichtsmissbrauch dringend zeitnah zu überprüfen.

Auch mein Befangenheitsantrag für die Absetzung der Richter aus den Kammern wurde abgelehnt mit fadenscheinigen Gründen und ich bitte das zu überprüfen.

Ich hatte das Gericht über die Kriminalität, die mit diesen Prozessen verbunden ist informiert. Ich hatte auch über die mutmassliche Geldwäsche informiert. **Anlage 7**

Ich zeige auch an, dass ich mich durch die Ignoranz gegenüber meinem Recht auf rechtliches Gehör in **Verbindung mit Vortaten** durch

1. die beteiligten Banken aufgrund von Datenfälschung, Kreditvervielfachung zu eigenen Gunsten, Verweigerung angemessener Finanzierungen, Ausbeutung mit Versuch der Unternehmenszerstörung, Doppelkontenführung (Kreditkonten werden als Kontokorrentkonten mit vermutlich sehr viel höheren Krediten oder Vermögen geführt und diese dann über doppelte Versäumnisurteile geerntet)
2. sowie Rechtsanwälten und Richtern in meiner Scheidung mit Informationsunterdrückung und Falschangaben des Ex Ehemanns
3. in Verbindung mit vermutlicher Identitätsverdopplung beim Jobcenter zur Erzielung illegalen Einkommens über meine Daten seit 2011
4. vermutlichem Krankenkassenbetrug über meine Daten
5. Datennutzung meiner Daten als Fake CEO und Bankstamnummer bei Banken
6. Datennutzung meiner Daten als Geschäftspartnerin der Deutsche Wohnen
7. Datenveränderung meiner Daten beim AG Charlottenburg, Finanzamt, IHK, Datenverkündern
8. Geldwäsche unter meinen Daten über Steuerformulare

in meinen Rechten als Bürgerin auf Datenschutz, meine Würde sowie in meinen elementaren Grundrechten stark angegriffen und erheblich diskriminiert fühle und es auch nachweisbar bin.

Der Staat gefährdet und verletzt durch die Toleranz dieser Vorkommnisse, fehlende Hilfsangebote und nun auch noch illegale Prozesse meine Grundrechte und befördert Diebstahl und andere Straftaten unter meinen Daten und verstößt damit gegen seine Schutzaufgabe für meine Gesundheit, das Vermögen von mir oder anderen und den Datenschutz.

Betroffene Verfahren und Aktenzeichen sind oben aufgeführt.

Dienstaufsichtsbeschwerde

Gleichzeitig erhebe ich hiermit eine Dienstaufsichtsbeschwerde beim Justizministerium der Bundesrepublik Deutschland gegen alle beteiligten Richter und Mitarbeitenden bei diesen betroffenen Mahnverfahren und Klageverfahren und mache auf schwerwiegende Missstände aufmerksam, die Verstöße gegen Grundrechte, rechtsstaatliche Prinzipien, die Istanbul-Konvention sowie das Geldwäschegesetz darstellen.

Aufgrund institutionellen Versagens und Straftaten durch verschiedene Akteure in **Vortaten** habe ich den Großteil meines Vermögens verloren und wurde zusätzlich in eine existenzielle wirtschaftliche Notlage gebracht.

Die wesentlichen Punkte umfassen:

Vortaten, die nicht hinreichend geprüft wurden und bei denen Rechtsanwälte ihre Rechtspflegeaufgabe nicht wahrnahmen, die Kammer ihrer Aufsichtspflicht nicht wahrnahm, das Gericht gegen die Schutzaufgabe für Kinder und Mütter verstieß und Banken gegen ihre Pflicht auf dem Boden der Gesetze zu agieren waren:

1. Fehlerhafte Unterhaltsberechnungen bei der Scheidung und deren mangelhafte Überprüfung führten zu erheblichen finanziellen Nachteilen.
2. Untätigkeit der Rechtsanwaltskammer, die trotz schwerwiegender Hinweise auf anwaltliche Pflichtverletzungen in der Sache nicht tätig wurde.
3. Verschuldungserzeugung durch die Sparkasse Berlin (1998):
 1. *U.a. Die Sparkasse Berlin akzeptierte eine gefälschte Unterschrift, um einen Dispokredit und einen weiteren zu erteilen. Dies geschah ohne meine Zustimmung oder Kenntnis und wurde nie ausreichend geprüft. Dadurch wurde mir auf dem Parallelkonto Geld entzogen und ich bestohlen. Angemessene Kredite für meine Gründung wurden verweigert.*
4. Unicredit und Zerstörungskredit (seit 2009):
 1. *Unicredit missbrauchte meine persönlichen Daten und bewilligte einen "Zerstörungskredit", der meine wirtschaftliche Existenzgrundlage zerstörte. Gleichzeitig nahm sie auf meine Daten weitere Kredite auf und führte meine Konten nach Rückzahlung des Kredites weiter.*
5. Verstöße gegen die Abgabenordnung (§ 154 AO):

1. *Durch sechs Banken wurde eine Doppelidentität (Eva-Cathrin Reinhardt) geschaffen, die für Geldwäsche und in Gerichtsverfahren missbraucht wurde. Die Abkürzung "E. Reinhardt" ermöglichte unrechtmäßige Doppelverfahren und die Verschiebungsmöglichkeit für Vermögenswerte.*
6. Führen von Doppelkonten, Verweigern von angemessenen Finanzierungen bei gleichzeitigen Ausbeutungskrediten und Kreditdiebstahl. Stehlen von Vermögen. Die Höhe des gestohlenen Vermögens auf den Doppelkonten muss festgestellt werden, illegales Eröffnen und Führen von Konten, Weiterführen von Konten, Bonitätsdiebstahl.
7. Untätigkeit der Bafin, Staatsanwaltschaft Berlin und München 1 und Fiu in der Angelegenheit.

Die Folgen der Vortaten waren für mich erhebliche wirtschaftliche Schäden und die Vernichtung meines Vermögens zur Folge und Existenzbedrohung als alleinerziehende Mutter, sowie Schädigung meiner Gesundheit durch Dauerstress.

Diese Schädigung haben die Gerichte nun im Zusammenwirken mit den beteiligten Rechtsanwältinnen und Inkassounternehmen weiter betrieben und damit eine neue Eskalationsstufe erzeugt und eine lebensgefährliche Gesundheitsbedrohung.

Obwohl ich es darüber informiert habe hat das Gericht nicht aufgehört, mir keinen Anwalt zugeteilt, die Verfahren nicht überprüft und obwohl Geldwäsche sehr wahrscheinlich ist es unterlassen den Datenmissbrauch für mich zu beenden, sogar selber meine Daten gefälscht statt mein Vermögen, bzw. das der Bank zu schützen, sowie meine Genesung gefährdet.

Ich werfe dem Gericht Folgendes vor:

1. Verletzung der Istanbul-Konvention

Die Istanbul-Konvention, ein internationaler Vertrag des Europarats, verpflichtet die Vertragsstaaten, alle Formen von Gewalt gegen Frauen – einschließlich wirtschaftlicher Gewalt – zu bekämpfen, zu verhindern und Betroffene wirksam zu schützen.

Deutschland hat die Konvention ratifiziert und ist damit rechtlich verpflichtet, folgende Maßnahmen sicherzustellen:

1. Prävention von Gewalt: Staaten müssen Maßnahmen ergreifen, um geschlechtsspezifische Gewalt, einschließlich wirtschaftlicher Gewalt, zu verhindern.
2. Schutz der Opfer: Opfer von Gewalt haben das Recht auf umfassenden Schutz und Unterstützung.

3. Strafrechtliche Verfolgung: Täter, die Gewalt gegen Frauen ausüben, einschließlich wirtschaftlicher und institutioneller Gewalt, müssen strafrechtlich verfolgt werden.
4. Beseitigung von Gewalt: Die Konvention betont, dass geschlechtsspezifische Gewalt oft Ausdruck struktureller Ungleichheit ist und daher langfristig abgebaut werden muss.

Die in meinem Fall begangenen Verstöße, insbesondere finanzielle Gewalt und der Missbrauch gerichtlicher Verfahren, sind klare Formen von geschlechtsspezifischer Gewalt, die unter die Istanbul-Konvention fallen. Hierzu zählen unter anderem:

- Vermögensverlust durch wirtschaftliche Gewalt: Missbrauch von Mahnverfahren, Versäumnisurteilen und als Vortat unzureichend geprüfte Unterhaltsberechnungen, die mich in wirtschaftliche Not gebracht haben, Verweigerung einer angemessenen Finanzierung meines Unternehmens, bei gleichzeitigem Verkauf von Ausbeutungskrediten, die der Unternehmenszerstörung dienten und Kreditdiebstahl und Schaffung eines Vermögens unter meinen Daten, zu dem ich keinen Zugang habe und Betreiben von illegalen Konten und Nutzung von Datenfälschungen.
- Missbrauch gerichtlicher Verfahren: Nutzung einer Doppelidentität (*Eva-Cathrin Reinhardt*, abgekürzt "E. Reinhardt") sowie Frau Eva-Catrin Reinhardt als Vertretung der Eva-Catrin Reinhardt und Eva-Catrin Reinhardt zur Vermögensverschiebung in Kombination mit institutioneller Untätigkeit und fehlendem Datenschutz.
- Fehlender Schutz und Unterstützung durch Behörden sowie Abwehr von Strafverfolgung aufgrund behauptetem Nichtvorliegen von Straftaten durch die Staatsanwaltschaft Berlin. Trotz bestehender Verpflichtungen nach der Istanbul-Konvention wurden keine Maßnahmen ergriffen, um mich als Betroffene zu schützen und die Täter zur Rechenschaft zu ziehen.
- Datenfälschung durch Notare und Unterlassung der Aufsichtspflicht durch Notarkammer

Durch die Unterlassung der Hilfe und stattdessen Aufsetzen weiterer Gewalt durch illegale Versäumnisurteilsverdopplung zur Vielfachaberntung von Krediten und illegalen Prozessen, die gegen die ZPO verstossen, Datenfälschungen und Doppelprozesse verstößt Deutschland in meinem Fall gegen Artikel 5 der Istanbul-Konvention, der die Vertragsstaaten zur Prävention und Bekämpfung geschlechtsspezifischer Gewalt verpflichtet.

2. Verstoß gegen das Geldwäschegesetz

Darüber hinaus verstößt es gegen das Geldwäschegesetz, auch durch Unterlassung der Aufklärung und Nichtanzeige von Straftaten.

Die Folgen für mich sind:

Der weiterer Verlust meines Vermögens , wirtschaftliche Notlage und Gesundheitsgefährdung, Gefährdung meine Firma zu verlieren

Missbrauch gerichtlicher Verfahren:

Gerichtliche Verfahren wie Mahnverfahren, Versäumnisurteile und Doppelverfahren wurden gegen die ZPO verstoßend missbraucht, um mich wirtschaftlich zu schädigen und Vermögenswerte unrechtmäßig zu übertragen, obwohl ich den Banken Schuldanerkenntnisse gegeben habe.

Mahnverfahren wurden genutzt um doppelte Versäumnisurteile zu erzeugen.

Meine Reputation wurde geschädigt.

Geld wird versucht betrügerisch zu bekommen durch Forderungsvervielfachung . Die Geldwäsche auf meinen Daten wurde nicht beendet.

Ich weise ausdrücklich darauf hin, dass die Versäumnisse der Behörden in meinem Fall nicht nur meine Grundrechte Artikel 1, 2 und 20 GG verletzen, sondern auch gegen internationale Verpflichtungen wie die Istanbul-Konvention verstoßen.

Die Behörden sind außerdem verpflichtet, im Rahmen des Geldwäschegesetzes und der Strafprozessordnung tätig zu werden:

- **Geldwäschegesetz (§ 43 GwG): Verdächtige Transaktionen oder Handlungen, die auf unrechtmäßige Vermögensverschiebungen hinweisen, müssen gemeldet und geprüft werden.**
- **§ 261 StGB (Geldwäsche): Der Verdacht auf Geldwäsche ist unverzüglich strafrechtlich zu verfolgen.**
- **Artikel 103 GG (rechtliches Gehör): Jeder hat das Recht auf eine umfassende Prüfung seines Falles, insbesondere bei Hinweisen auf systematische Verstöße.**

Ich erwarte daher eine sofortige Aussetzung aller Verfahren, die Prüfung der genannten Missstände sowie eine umfassende Aufklärung der Vorgänge.

Darüber hinaus fordere ich, dass die Verantwortlichen für diese Verstöße zur Rechenschaft gezogen werden und der entstandene wirtschaftliche und immaterielle Schaden vollständig reguliert wird.

Wie im Sammelschreiben gemäß **Anlage 7** gefordert schlage ich ein Mediationsverfahren und einen Täter-Opferausgleich vor.

Weiterer Vortrag bleibt vorbehalten. Weitere Nachweise liefere ich gerne nach. Ich bitte um Verständnis, dass die Aufarbeitung eines derartigen Falls ohne Opferanwalt sehr schwer ist.

Bitte bestätigen Sie mir schriftlich den Eingang dieses Schreibens sowie die Einleitung entsprechender Maßnahmen und beenden Sie unverzüglich die VERMÖGENSVERWALTUNG unter meinen Daten und den Missbrauch meiner Daten und lassen mir das Vermögen zukommen, was mir davon zusteht.

Ich erbitte auch um eine vollständige Auskunft über sämtliche Prozesse und Doppelklagen mit Abdruck aus den Datenmasken.

In **Anlage 8** habe ich das Kontoabrufersuchen als Beweiserhebung beigefügt. Ich hoffe dass das jetzt umgesetzt wird. Ich habe doch ein Recht auf Datenunversehrtheit und nicht darauf das Schwarzgeldkonto von Deutschland sein zu müssen. Das ist auch gefährlich, auch für meine Kinder. Haben Sie darüber einmal nachgedacht, dass unsichtbar gemachte Doppelkonten ein Sicherheitsrisiko sind für uns alle? Und dass wir hier ein System anscheinend haben, bei dem die Betrüger die Betrüger betrügen usw. ? Und dass 100 MRD. Geldwäsche p.a. ca. **180 Millionen Arbeitsplätze in Straftatenmilieus** ermöglichen?

Mit freundlichen Grüßen

Eva-Catrin Reinhardt